



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Franz Bergmüller und Fraktion (AfD)**

Einfach machen: umfassendere Modell- und Testregionen für maximale Eigenverantwortung, radikale Bürokratieabschaffung und Staatsreform nach argentinischem Vorbild

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Prüfanträge über einzelne Modellregionen mit bestimmten Befreiungen oder Abweichungen von nur landesrechtlichen Vorschriften nur ein sehr kleiner Schritt in die richtige Richtung zur Entlastung der bayerischen Bürger und Unternehmen von schädlichen Auflagen sein können. Für eine echte und spürbare Entlastung der Bürger und Unternehmen in Bayern bedarf es einer komplexen, ganzheitlichen und vor allem mutigen Initiative für eine umfassende Staatsreform und Bürokratieabschaffung (statt kleinteiligem Bürokratieabbau) nach dem Vorbild von Javier Milei in Argentinien.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich im Rahmen einer weitreichenden Initiative auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für den folgenden ganzheitlichen Komplex an Maßnahmen einzusetzen:

1. Die Schaffung in Bayern von sogenannten Modellregionen, welche Befreiungen oder Abweichungen nicht nur von landesrechtlichen Vorschriften und Anforderungen, insbesondere auch von Melde-, Nachweis-, Dokumentations- und Statistikpflichten, beinhalten, sondern auch:
 - 1.1 Die Modellregionen sollen gleichzeitig als Sonderwirtschaftszone (SWZ) fungieren können, welche weitreichende steuerliche und regulatorische Befreiungen von Steuern und regulatorischen Auflagen des Freistaates, des Bundes und der EU beinhalten. Dafür soll die Staatsregierung sich auf Bundesebene für die Ausarbeitung und Einführung eines Sonderwirtschaftszonen-Gesetzes einsetzen und mit der EU die entsprechenden beihilferechtlichen Rahmenbedingungen aushandeln. Zudem soll die Staatsregierung die Möglichkeit prüfen, jährliche Ausgleichszahlungen des Freistaates an die teilnehmenden Gemeinden einer Modellregion-SWZ zu schaffen, um Senkungen der kommunalen Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer zu ermöglichen.
 - 1.2 Die Modellregionen sollen gleichzeitig als Reallabore (regulatorische Sandkästen) fungieren können. Dafür soll die Staatsregierung sich auf Bundesebene einsetzen für die schnelle Verabschiedung eines überarbeiteten „Reallabore-Gesetzes“ als Rahmengesetz mit maximalem Freiraum für die Länder, das eigenständige Reallabore auf Länderebene eröffnet. Hierzu gehören die Prüfung maximaler Öffnungs- und Experimentierklauseln für temporäre Ausnahmen oder Vereinfachungen bei Informations-, Berichts- und Prüfungspflichten, Genehmigungs- und Zulassungsverfahren (einschließlich „Fast-Track“-Verfahren im Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030), Fördermittelbeantragungsvorgaben, steuerlichen Anforderungen, Datenschutz- und Sicherheitsanforderungen, arbeitsrechtlichen Vorschriften, Forschungsethikrichtlinien und regulatorischen Anforderungen für Produkte.

2. Rückführung des Beamtenapparates des Freistaates im Bereich „Verwaltung und politische Führung“ auf das Niveau von 2018.
3. Rigorose Abschaffung zahlreicher Bürokratiemonster, die in den letzten Jahren durch die EU, den Bund und die Staatsregierung geschaffen wurden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft wiederherzustellen.
 - 3.1 Die Staatsregierung wird daher insbesondere aufgefordert, auf Landesebene:
 - das Bayerische Klimaschutzgesetz abzuschaffen,
 - den Solardachzwang abzuschaffen (durch Streichung des Art. 44a „Solaranlagen“ aus der Bayerischen Bauordnung),
 - den bayerischen Wassercent nicht einzuführen.
 - 3.2 Die Staatsregierung wird weiterhin insbesondere aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass:
 - das Lieferkettengesetz abgeschafft wird,
 - das Bundesklimaschutzgesetz abgeschafft wird,
 - das Energieeffizienzgesetz abgeschafft wird,
 - das Nachweisgesetz abgeschafft wird,
 - das Hinweisgeberschutzgesetz abgeschafft wird,
 - das Gebäudeenergiegesetz abgeschafft wird,
 - die E-Rechnungspflicht abgeschafft wird,
 - das Tariftreuegesetz nicht eingeführt wird.
 - 3.3 Die Staatsregierung wird weiterhin insbesondere aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass:
 - das Verbrenner-Verbot abgeschafft wird,
 - die EU-Taxonomie abgeschafft wird,
 - die CSRD-Richtlinie abgeschafft wird,
 - die Lieferketten-Richtlinie (CSDDD) abgeschafft wird,
 - die Energieeffizienzrichtlinie (EED) abgeschafft wird,
 - die Gebäuderichtlinie (EPBD) abgeschafft wird,
 - der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) abgeschafft wird,
 - kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) befreit und diese für mittelgroße Unternehmen entschärft wird.
4. Die Prüfung einer gemeinsamen Föderalismus-Reform-Initiative der Bundesländer unter bayerischer Führung für die Herunterverlagerung bedeutender legislativer und exekutiver Kompetenzen von Bundes- auf Länderebene, um die Gestaltungskompetenzen für Bürokratieabbau der Bundesländer zu stärken.

Begründung:

Die immense Bürokratiebelastung stellt die bayerische Wirtschaft vor eine existenzielle Herausforderung, die durch eine radikale Reform behoben werden muss. Über 80 Prozent des deutschen Mittelstands sehen Bürokratie als ihr größtes Problem, was sich in hohen Kosten von 146 Mrd. Euro pro Jahr und erheblichen Zeitverlusten niederschlägt (DZ Bank, 2024; IW Köln, 2025; ifo, 2024). Mittelständische Betriebe investieren durchschnittlich 7 Prozent ihrer Arbeitszeit in bürokratische Vorgaben, was rund 1,5 Mrd. Stunden pro Jahr und Personalkosten von 61 Mrd. Euro verursacht (KfW Research, 2025). Diese Belastung hemmt Innovationen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit und trifft vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die den Kern der bayerischen Wirtschaft bilden.

Die Hauptverantwortung für diese Situation trägt vor allem die CSU, die vom „woke Virus“ (Elon Musk) infiziert wurde und unweigerlichen Etatismus sowie staatlichen Interventionismus als notwendige Maßnahme sieht, um die „grüne Transformation“ – einschließlich Klimapolitik, Energiewende, Wärmewende, Verkehrswende und gesellschaftlicher Transformation – gegen den Willen der Bürger zu erzwingen. Dies ist der zentrale Grund für die wachsende Bürokratie in Deutschland und Bayern. Die Mehrheit der Bürger (40,7 Prozent) sieht die CDU/CSU als Hauptverantwortliche für die Bürokratielast (INSM, 2024). Unter der CDU/CSU-geführten Großen Koalition (2013–2021) vervierzehnfachte sich der Erfüllungsaufwand (NKR, 2025). In Bayern stieg die Zahl der Rechtsnormen unter CSU/FREIE WÄHLER zwischen 2018 und 2023 um 6,4 Prozent, während die Staatsbediensteten im Kernhaushalt von 173.945 auf 221.670 wuchsen – plus 27,4 Prozent in zehn Jahren; allein seit 2013 wurden rund 50 000 zusätzliche Verwaltungsbeamte eingestellt, darunter etwa 2 500 Berater für Energiewende, Klimaschutz oder Asylthemen (Drs. 19/117; Statistik Bayern, 2014; Statistik Bayern, 2024; FAZ, 2025). Statt Abbau stellte die CDU/CSU-Bundesregierung über 200 neue Verwaltungsbeamte ein, davon 150 im neuen „Ministerium für Staatsmodernisierung“ (tageschau, 2025). Diese Entwicklung unterstreicht, wie ideologisch getriebene Politik zu einer aufgeblähten Verwaltung führt, die Bürger und Unternehmen erdrückt.

Besonders zynisch ist, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER AfD-Anträge ablehnen, diese aber nach kurzer Zeit kopieren und als eigene Ideen präsentieren. Die AfD-Fraktion hatte bereits am 9. April 2024 Sonderwirtschaftszonen und am 10. Juli 2025 Realabore mit Experimentierklauseln auf Landesebene gefordert, um Bürokratie abzubauen (Drs. 19/1727; Drs. 19/7521), unterstützt durch die Pressekonferenz von MdL Franz Bergmüller am 8. Juli 2025, wo er diese Forderungen wiederholte. Die CSU lehnte die Vorschläge der AfD damals ab, kündigte aber in ihrer Herbstklausur 2025 im Kloster Banz „Modellregionen mit Experimentierklauseln“ an und bringt nun den Dringlichkeitsantrag „Einfach machen: Modell- und Testregionen für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie“. Dies beweist, dass die CSU die richtigen Forderungen der AfD immer wieder kopiert und als eigene ausgibt, ohne den Mut für eine Zusammenarbeit mit der AfD für einen grundsätzlichen Wandel aufzubringen.

Initiativen für Bürokratieabbau seitens der Staatsregierung – wie Modellregionen und Modernisierungsgesetze – werden im Großen und Ganzen begrüßt, sind aber zu wenig, zu kleinteilig und zu spät, vor allem da die Bürokratielast selbst verschuldet ist. Das Hauptproblem sind die sehr eingeschränkten Kompetenzen der Bundesländer zur Behebung der Probleme, die vor allem auf Bundes- und EU-Ebene geschaffen werden. Die im Juli 2024 eingesetzte Enquetekommission Bürokratieabbau arbeitet offen, kollegial und sachlich unter Leitung von Abgeordnetem Steffen Vogel (CSU), wobei viele Vorschläge aller Fraktionen, auch der AfD, übernommen wurden. Doch während CSU, FW, SPD und Grüne nur moderate Anpassungen bevorzugen, setzt die AfD auf einen radikalen Rückbau ganzer Gesetze und Verwaltungsstrukturen sowie eine spürbare Reduzierung von Verwaltungsbeamten, um Bürger und Unternehmen zu entlasten. Trotz begrenzter Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene betrachtet die AfD besonders kritisch die überflüssige Bürokratie im Bereich Klimapolitik und betont, dass ihre weitreichenden Reformkonzepte echte, messbare Vereinfachungen bringen.

Um Bürokratie spürbar abzuschaffen, bedarf es daher einer radikalen Initiative und Staatsreform nach argentinischem Vorbild für 1. Modellregionen als SWZ und Reallabore; 2. Rückführung des Beamtenapparates des Freistaates Bayern im Bereich „Verwaltung und politische Führung“ auf das Niveau von 2018; 3. Abschaffung der Bürokratiemonster auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene; 4. Herunterverlagerung bedeutender legislativer und exekutiver Kompetenzen von Bundes- auf Länderebene.

Vorbilder unterstreichen diesen radikalen Schnitt statt kleinteiliger Flickschusterei: In Argentinien hat Präsident Javier Milei seit dem ersten Jahr seiner Regierungszeit über 670 Rechtsnormen abgeschafft – 1,8 pro Tag (Cato Institute, 2024). Argentiniens Wirtschaft erlebte dank des radikalen Reformkurses von Präsident Javier Milei 2024/2025 eine rasante Erholung: Nach einer Schrumpfung um ca. 1,7 Prozent 2024 steigt das BIP in 2025 um rund 5,5 Prozent und wird für 2026 auf etwa 4 Prozent prognostiziert (höchste Werte unter den OECD-Ländern), und der radikale Kurs von Argentiniens Präsident Javier Milei, der die Abschaffung ganzer Gesetze, Deregulierung ganzer Märkte,

massive Entlassungen von Verwaltungsbeamten und die Halbierung der Ministerienzahl umsetzte, wurde durch seinen Erdrutschsieg von 40 Prozent bei den letzten parlamentarischen Zwischenwahlen klar bestätigt, was die breite Unterstützung der Bevölkerung für seinen Kurs unterstreicht. Mileis libertärer Reform-Kurs ist ein Vorbild für Bayern und Deutschland.